

# LinksBlick

Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

## Kreisparteitag

„Sozial mit ganzer Kraft – Kompetenz in den Kommunen“

Unter diesem Leitspruch stand die 1. Tagung des 3. Kreisparteitages unseres Kreisverbandes Teltow-Fläming am 26.11.2011. Inhalt waren die Bilanz von zwei Jahren Rot-Rot in Brandenburg, die Formulierung der nächsten Aufgaben sowie die Wahl des Kreisvorstandes und weiterer Gremien.

Die Bürgermeisterin von Luckenwalde, Frau Herzog von der Heide (SPD), begrüßte uns. Sie betonte, dass es mehr und mehr gelinge, gemeinsam zu arbeiten, bedankte sich bei unserer Fraktion, speziell bei Kornelia Wehlan, und hofft auf weitere gute Zusammenarbeit.

Im Referat der Kreisvorsitzenden standen folgende Probleme im Mittelpunkt:

- Eine gute Bilanz hat zwei Jahre Rot-Rot in Brandenburg (ab 01.01.2012 öffentliche Aufträge nur bei richtigen Mindestlöhnen, keine Streichung von freiwilligen Leistungen, Sozialticket).

- Manche Vorschläge von uns sind heute Allgemeinut, viele Menschen nehmen das aber nicht so wahr.

- Ein Dank wurde unserer Kreistags-Fraktion für die gemeinsame Arbeit ausgesprochen, ebenso Kirsten

Gurske für ihr Wirken als 1. Beigeordnete des Landrates.

Im Weiteren nannte Genossin Wehlan die wichtigsten vor uns stehenden Aufgaben wie Mitgliedergewinnung, eine solide Finanzarbeit, Projektarbeit und besonders die Öffentlichkeitsarbeit, wozu es konkrete Vorschläge gab.

Genossin Dagmar Enkelmann (MdB) brachte in ihrem Grußwort u.a. zum Ausdruck, dass wir ein solidarisches Europa brauchen, ein Europa für die Menschen und nicht für die Banken.

Genossin Diana Golze, ebenfalls MdB, berichtete von der Diskussion zum Bundeshaushalt 2012 mit einem Volumen von 306 Mrd. Euro. Alle Oppositionsparteien waren dagegen aus unterschiedlichen Gründen. Denn wo wird gestrichen? Begünstigt werden nur die Reichen.

Genossin Maritta Böttcher aus Jüterbog und Carsten Preuß aus Zossen bedankten sich bei ihren Wahlhelfern und brachten zum Ausdruck, dass sie zwar nicht Bürgermeister geworden sind, jedoch viele neue Menschen und ihre Gedanken und Bedürfnisse kennengelernt haben und in ihren Funktionen aktiv weiterarbeiten werden.

Fortsetzung auf Seite 2

### Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 10

### Zitiert ...

„Natürlicher Verstand kann fast jeden Grad von Bildung ersetzen, aber keine Bildung den natürlichen Verstand.“

Arthur Schopenhauer

**DIE LINKE.**

Fortsetzung von Seite 1

Probleme des Rechtsextremismus wurden angesprochen und es stand die Forderung im Raum: Dem Entsetzen müssen Taten folgen, die NPD als verfassungsfeindliche Partei muss verboten werden.

Sorge bereiten schlechte Umfragergebnisse für uns. Auf Fragen der Menschen haben wir zu wenig konkrete Antworten gegeben, uns zu viel mit Personaldebatten beschäftigt. DIE LINKE wird gebraucht – davon müssen wir die Menschen überzeugen, wichtig dabei ist die Realisierbarkeit unserer Forderungen. Die von Gen. Dr. Rudolf



Haase initiierte Spendensammlung für Gambia ergab 260,00 Euro.

Im Referat und in den Diskussionen kamen Freude und Zustimmung über die Annahme unseres Parteiprogramms auf dem Bundesparteitag in Erfurt zum Ausdruck; im Vordergrund

steht, was uns eint, nicht das, was spaltet. Ich hoffe und wünsche mir, dass dieses Programm von den Mitgliedern unserer Partei ebenso angenommen und dann Grundlage unseres Wirkens wird.

Christa Zernick  
Am Mellensee

## Einundzwanzig Jahre Tradition

Bereits zum 21. Mal fand die Weihnachtsfeier im ASB-Übergangwohnheim Luckenwalde statt. Organisiert wurde diese – wie immer – von Kornelia Wehlan sowie der Heimleitung. Gerade an diesem Tag wurde vom RBB eine Reportage über das Heim gedreht, sodass sogar eine Kamera bei der Feier dabei war.

Natürlich wurde der Weihnachtsmann sehnlichst erwartet – kleine Spione ließen die Eingangstür nicht aus den Augen.

Und als er endlich erblickt wurde, machte das schnell die Runde und alle saßen erwartungsvoll auf ihren Plätzen. Jedes der Kinder hatte ein

Gedicht oder Lied parat, um den Weihnachtsmann zur Herausgabe des Geschenks zu bewegen.

Beim anschließenden gemeinsamen Kaffeetrinken wurden die Geschenke

genauestens begutachtet.

Und plötzlich gab es noch eine Überraschung. Die Bürgermeisterin

von Nuthe-Urstromtal, Monika Nestler, übergab eine Riesen-Geschenktüte voller bunter Bastelmaterialien an die Integrationsengel.

Aus dieser Tradition der Weihnachtsfeier im ASB – Übergangsheim entwickelte sich auch bei Familie Nawfal der Brauch, Weihnachten mit Tannenbaum und Entenbraten zu begehen. Die Mitglieder der Familie Nawfal kamen 1995 als Flüchtlinge nach Luckenwalde und Tochter Rania erlebte damals erstmalig diesen Brauch. Beeindruckend war die Hilfsbereitschaft der Mädchen und Jungen, die wie kleine Heinzelmännchen beim Abwaschen und Aufräumen halfen. Alle Beteiligten hatten einen Riesenspaß und freuen sich schon auf das nächste Weihnachtsfest.

Gabi Pluciniczak,  
Nuthe-Urstromtal

Der neue Kreisvorstand:

Kornelia Wehlan, Vorsitzende  
Maritta Böttcher, Stellv. Vors.  
Tina Senst, Stellv. Vors.  
Dirk Hohlfeld, Stellv. Vors.  
Manfred Thier, Geschäftsführer  
Gabi Pluciniczak, Kreisschatzmeisterin  
Petra Haase  
Edeltraut Liese  
Angelika Linke  
Ilona Petzhold  
Rainer Dominok  
Alexander Fröhlich  
Klaus Pollmann  
Roland Scharp  
Jürgen Steinert  
Ingo Thiedemann

Kreisfinanzrevisionskommission:

Christa Wetzel, Vorsitzende  
Erika Kirschner  
Annette Schreiber

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Teltow Fläming



Gespannte Gesichter bei der Weihnachtsfeier

## EINE VON UNS

Im Gespräch mit Gabi Pluciniczak

*Gabi: Erika, seit einiger Zeit engagierst Du Dich aktiv in unserem Kreisverband. Bitte stelle Dich unseren Lesern vor.*

**Erika:** Geboren wurde ich 1953 in Halle/Saale als ältestes Kind von dreien in einer Arbeiterfamilie. Nach meinem Schulabschluss erlernte ich den Beruf einer Sekretärin. Dann folgte eine Fortbildung im Fernstudium zur Staatswissenschaftlerin. Nach der Wende habe ich an einer Weiterbildung zur Heilpraktikerin teilgenommen und auf dem Gebiet der Sauerstofftherapie meine Nische gefunden.

Seit fast zwei Jahren bin ich in Luckenwalde mit einer kleinen Firma im Wellness-Bereich selbstständig tätig. Seit 1985 bin ich verheiratet und ich habe zwei erwachsene Söhne.

*Gabi: Wie bist Du zu unserer Partei gekommen?*

**Erika:** Die Kontakte zur Partei bekam ich durch meine Mutter. Da sie stets aktiv in ihrer Basisgruppe mitarbeitete, konnte ich schon als Jugendliche



**Erika Kirschner**

erste Eindrücke von der Parteiarbeit gewinnen. Zu meinem Eintritt in die SED 1978 hat mich vor allem das Füreinander bewogen.

*Gabi: Unser beider erster Kontakt entstand im Rahmen des Kuchenstandes bei einem Familienfest zum 1. Mai. Ich hatte den Eindruck, dass Du Dich in dieser Runde sehr wohl gefühlt hast. War das u.a. auch die Motivation für Deinen Entschluss, Dich noch mehr in*

*die Parteiarbeit vor Ort einzubringen?*

**Erika:** Das ist richtig. Ich bin von Euch dort ganz selbstverständlich und herzlich aufgenommen worden, so dass ich mich gleich wohlfühlt habe. Das hat mich letztendlich dazu bewogen, mehr zu tun.

*Gabi: Was denkst Du, welchen Themen sollte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden? Bei welchen siehst Du die Möglichkeit, Dich mit einzubringen?*

**Erika:** Meiner Meinung nach gibt es in vielen Bereichen noch Handlungsbedarf. Ich würde mich gern einbringen in die Kinder- und Jugendarbeit, aber auch in die Seniorenarbeit. In letzter Zeit war ich öfter in der Geschäftsstelle und habe bemerkt, dass der Stadtverband Luckenwalde sich engagiert um die Senioren kümmert.

*Gabi: Du bist kürzlich in die Kreisfinanzrevisionskommission gewählt worden. Was erwartest Du von dieser Arbeit?*

**Erika:** Ich denke, dass ich, auch durch diese Funktion, Einblicke in die vielfältigen Aufgaben unseres Kreisverbandes bekomme, dass ich sehe, welche Mittel dafür aufgewendet werden, und dass auch deren ordnungsgemäße Verwendung und Abrechnung erfolgt.

*Gabi: Wie und wo siehst Du unsere Partei DIE LINKE. in der Zukunft ?*

**Erika:** Ich wünsche mir vor allem, dass die Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen wieder besser funktioniert. Dass sich viele Menschen von unseren Ideen mitgenommen fühlen.

*Gabi: Ich bedanke mich bei Dir und wünsche Dir für Deine Zukunft viel Erfolg und Freude an der Arbeit. <*

### Ein großes Dankeschön an die Ludwigsfelder LINKEN

Die LINKEN der Stadt Ludwigsfelde und einige Sympathisanten trafen sich kürzlich zu ihrer Weihnachtsfeier. Dass bei der schönen Feier auch an jene gedacht wurde, für die es zum Fest keine Geschenke-Flut geben wird, zeigte sich daran, dass die Gäste die tolle Summe von 290 Euro an diesem Spätnachmittag sammelten. Viele meinten, es sei für sie zwar zu beschwerlich, selbst noch Päckchen zu packen, aber sie wollten gern ihren Beitrag zu diesem wichtigen Projekt leisten.



Die Stadtverordnete und stellvertretende Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Angelika Linke (DIE LINKE), übergab die Spende auf der Eröffnung des Bürgerparks an der Therme am 3. Dezember an Weihnachtengel-Koordinatorin Cora Ruden, die im Namen der Kinder den „Engeln ehrenhalber“ herzlich dankte. Jeder Cent hilft, den Kindern eine schöne Feier zu bereiten.

Maren Ruden  
Mitglied der Stadtfraktion DIE LINKE /  
FiLu in Ludwigsfelde

## Neues aus dem Landtag

### Armut bleibt ein ernstes Problem

Mit dem Regionalen Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2011 liegt eine wichtige und auf einheitliche Indikatoren gestützte Datensammlung vor. Sie gibt der Politik wichtige Aufschlüsse für eigenes Handeln und muss daher sehr gründlich ausgewertet werden.

In den vergangenen 15 Jahren ist die Armutsgefährdungsquote für Brandenburg im Landesmaßstab angestiegen, im Bundesmaßstab steht sie nach einem erheblichen Anstieg mit 16,3% wieder auf dem Wert von 1996. Ein Anstieg im Landesmaßstab ist ein Indiz für eine wachsende Spreizung der materiellen Lebenslage innerhalb Brandenburgs. Im Bundesvergleich wird deutlich, dass der Abstand zu den west- und süddeutschen Ländern nicht geringer geworden ist.

Für DIE LINKE bleibt Armutsbekämpfung und damit die Sicherung der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ein vordringliches Anliegen. Ein Kernpunkt ist eine faire und gerechte Entlohnung. Es muss Menschen grundsätzlich möglich sein, durch Arbeit für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen zu können. Niedriglohnstrategien müssen endlich der Vergangenheit angehören. Dem hat sich auch die Brandenburger Koalition, nicht zuletzt mit der Verabschiedung des Vergabegesetzes, verpflichtet.

Die Armutsgefährdung bei Kindern und Jugendlichen liegt unverändert deutlich über der aller anderen Altersgruppen. Hier spielen vor allem die unzureichenden Transferleistungen (Hartz IV) eine Rolle. Die Bundesregierung hat das Bundesverfassungsgerichtsurteil zu den Regelleistungen für Kinder nicht sachgerecht umgesetzt. Dies gehört dringend wieder auf die politische Agenda.

### Bund darf sich nicht aus der Verantwortung für den ÖPNV stehlen

Die Brandenburger Unternehmen im öffentlichen Personennahverkehr kritisieren zu Recht die drohende Reduzierung der Bundesmittel ab 2014. DIE LINKE unterstützt diesen Protest, denn damit wäre die Finanzierung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur in Brandenburg erheblich gefährdet und in ihrer Existenz bedroht.

Der ÖPNV ist eine wichtige Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Im Flächenland Brandenburg darf auf die Sicherung der Mobilität und die Anbindung der ländlichen Räume nicht verzichtet werden. Der Bund ist in der Pflicht und muss es auch zukünftig sein.

Eine Kompensierung wegfallender Bundesmittel durch die Bereitstellung ausreichender Landesmittel ist angesichts der Haushaltslage undenkbar.

DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung an die Bundesregierung: Die Mittel im Regionalisierungsgesetz des Bundes ab 2015 müssen erhalten bleiben und die Zuwendungen aus dem Entflechtungsgesetz dürfen nicht abgesenkt werden.

### Für eine ehrliche Arbeitsmarktstatistik

Die Zahl der Arbeitslosen ist in Brandenburg gegenüber dem Vormonat deutlich, um 15.595 Personen, gestiegen. Gegenüber dem Januar 2011 hat sich die Zahl um 11.314 verringert. Es schlagen sich deutliche saisonale Einflüsse in der Statistik nieder. Panik ist insofern nicht angebracht.

Unabhängig von diesen saisonalen statistischen Effekten ist allerdings



eine Revision der Statistik überfällig. So werden in der Arbeitslosenstatistik die 58-Jährigen, die zwölf Monate lang nicht gearbeitet haben und auch nicht vermittelt werden können, nicht erfasst.

Eine weitere Ausnahme besteht darin, dass die Einschaltung privater Arbeitsvermittler dazu führt, dass jemand dann nicht mehr als arbeitslos gilt.

Ein weiterer statistischer Salto wird bei Arbeitslosen gedreht, die krank sind, bei Ein-Euro-Jobbern oder Personen, die sich in einer Weiterbildungsmaßnahme befinden. Diese Gruppen werden bereits seit Längerem nicht mehr als arbeitslos gezählt und sie werden damit ebenfalls nicht mit der Arbeitslosenstatistik erfasst. Hier ist endlich Ehrlichkeit angezeigt.

Die Zahl der Personen in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist mit 44.233 um fast ein Drittel geringer als vor einem Jahr. Hier schlagen sich die dramatischen Mittelkürzungen der Bundesregierung negativ nieder. Dies geht deutlich zu Lasten der Beschäftigungschancen von Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten. Dieser Kurs muss korrigiert werden. <

Kornelia Wehlan, MdL  
Wahlkreisbüro Luckenwalde  
Zinnaer Str. 36 14943 Luckenwalde  
E-Mail: buerolukwehlan@aol.com  
www.konni-wehlan.de

# Kreistagsnotizen

## Kreistagsfraktion kompetent und transparent

Die Berichterstattung in der Kreis-  
presse soll teilweise den Eindruck  
vermitteln, dass unsere Fraktion der  
Überprüfung der Kreistagsmitglie-  
der zur Tätigkeit für das MfS wider-  
sprüchlich und halbherzig gefolgt  
sei. Da auch Scheu vor öffentlicher  
Auswertung und Sprachlosigkeit der  
Betroffenen öffentlich bemängelt  
wurde, soll nochmals festgestellt  
werden, was tatsächlich zutreffend  
ist.

1. Von der Fraktion wurden die Be-  
schlüsse und Richtlinien zum Thema  
strikt eingehalten und die Hinweise  
aus bisherigen Überprüfungen aller  
Ebenen bis zum Bund konsequent  
beachtet.

2. Das aktive Wirken von Kornelia  
Wehlan und Maritta Böttcher hat in  
der Arbeitsgruppe sowie im Kreistag  
(Redebeitrag K. Wehlan) den sachli-  
chen Umgang mit dem Thema über-  
haupt erst ermöglicht.

3. Die CDU-Kreistagsfraktion hat  
mit zahlreichen Anträgen bis kurz  
vor Sitzungsbeginn versucht, Einzel-  
entscheidungen des Kreistages zur  
Mandatsniederlegung zu erwirken.  
Die Anträge waren teilweise rechts-  
widrig, mussten modifiziert werden  
und verletzen souveräne Rechte zur  
Mandatsausführung.

4. Der Kreistag hat in öffentlicher  
und nichtöffentlicher Sitzung zur Sa-  
che auf Grundlage der Kommunalver-  
fassung und eigener Geschäftsord-  
nung mehrheitlich entschieden. Herr  
Furian hat in öffentlicher Sitzung  
den Bericht der Arbeitsgruppe mit  
persönlichen Anmerkungen ergänzt  
und hatte so uneingeschränktes Re-  
derecht. Außerdem hat der Kreis-  
tag - auch mit den Stimmen unserer  
Fraktion - eine Presseerklärung be-  
schlossen.

Das Stasi-Unterlagengesetz ist die-  
ser Tage 20 Jahre alt geworden und

für alle gültige Handlungsgrundlage.  
Übrigens ein Wissender in dieser Ma-  
terie, Wolfgang Thierse, hat aus die-  
sem Anlass davor gewarnt, Übereifer  
zu entwickeln, sich weniger auf Bio-  
grafien zu stürzen, sondern besser  
ehemals vorhandene Machtstruk-  
turen zu analysieren. Recht hat der  
Mann zu diesem Thema.

Persönliche Anmerkung:

Der Umgang mit der Sicherheitsdok-  
trin eines gescheiterten Systems  
funktioniert nicht ohne Anstand,  
Toleranz und Menschlichkeit. Ich er-  
lebe zum vierten Mal das Bemühen  
von Arbeitsgruppen, die Entschei-  
dungsfähigkeit über meine weitere  
demokratische Betätigung mit Wahl-  
mandat unter Beweis zu stellen. Die  
Aufarbeitung der DDR-Geschichte  
mittels meiner Biografie und die mei-  
ner Fraktionskollegen könnte unter-  
lassen werden, wenn nicht eigentlich  
unsere Partei, die linke Bewegung ins  
politische Visier genommen werden  
soll. Warum auch immer, zurücklie-  
gende gute Wahlergebnisse der LIN-  
KEN und falschverstandene Ostalgie  
haben konservative Parteistrategen,  
besonders in der CDU, offensichtlich  
nervös gemacht.

Wer jetzt nach Entschuldigung und  
öffentlicher Reuebekundung ruft, hat  
viel verpasst oder nicht gewollt, dass  
der Brandenburger Prof. Dr. Michael  
Schumann wesentliche Beiträge zur  
Aufarbeitung der DDR-Vergangen-  
heit geleistet hat und das Thema  
Entschuldigung auf dem Sonderpar-  
teitag der SED/PDS ausführlich für  
die Weltöffentlichkeit behandelt wur-  
de. Hemmungslos wurde im Kreistag  
gegen den sogenannten Unrechts-  
staat gewettert. Ausführungen reich-  
ten ans Absurde. Ich bitte das nicht  
falsch zu verstehen, ich bin für die  
transparente Aufarbeitung, habe das



Teltow-  
Fläming

am Runden Tisch, in Seminaren mit  
kirchlichen Amtsträgern, in Veran-  
staltungen der evangelischen Kirche, mit  
dem Institut für Zeitgeschichte pra-  
xisnah mitgestaltet - was mir fehlt ist  
das eingeforderte menschliche Maß  
in der Auseinandersetzung. Wo soll  
man es auch suchen, in der Fraktion  
der CDU bestimmt nicht, hier müssen  
sogar der erste Fliegerkosmonaut,  
Juri Gagarin, und bestimmt auch der  
erste Deutsche im Kosmos, Sigmund  
Jähn, damit rechnen, auf den Namen-  
stafeln besonderer Verdienste gestri-  
chen zu werden.

*Jürgen Akuloff, Vorsitzender der  
Kreistagsfraktion DIE LINKE.*

### Mitglieder der Linksfraktion im Kreistag Teltow-Fläming:

Jürgen Akuloff, Vorsitzender  
Kornelia Wehlan, Vorsitzende  
Maritta Böttcher  
Peter Dunkel  
Dr. Rudolf Haase  
Dirk Hohlfeld  
Klaus Hubrig  
Heike Kühne  
Dr. Irene Pacholik  
Dr. Rainer Reinecke  
Roland Scharp  
Helmut Scheibe  
Dr. Günter Stinal  
Felix Thier

## Notizen aus dem Karl-Liebnecht-Haus

von Maritta Böttcher

### Arbeitsbericht belegt – Hartz-Gesetze haben die soziale Landschaft stark verändert

Rund zwölf Millionen Menschen sind dem Bericht des Paritätischen Gesamtverbandes zufolge arbeitsgefährdet. In Berlin, großen Teilen der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, aber auch in mehreren westdeutschen Städten und Kreisen liegt die Quote bei über 25 % der Bevölkerung. Diese Menschen leben bereits weit unter der von der Europäischen Union definierten Armutsgrenze. In schonungsloser Offenheit zeigen die Zahlen nicht nur die in Deutschland seit Jahren herrschende soziale Kälte, sondern auch, dass selbst in Zeiten konjunktureller Höhenflüge die Spaltung zwischen Arm und Reich immer weiter geht. Werner Schulten, Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN und Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV, betonte in einer Erklärung: „Während die Zahl der Millionäre und selbst der Milliardäre in Deutschland in den letzten Jahren exorbitant gestiegen ist, wissen immer mehr Menschen nicht mehr, wie sie sich gesund ernähren sollen. Sie überleben nur mit Hilfe der Tafeln und ähnlicher Einrichtungen. Sie durchstöbern Abfallbehälter, suchen nach Pfandflaschen und sind von gesellschaftlicher Teilhabe dauerhaft ausgeschlossen. Selbst Vollzeitbeschäftigte können von ihrem Lohn nicht mehr leben und sind auf Sozialleistungen angewiesen. Die Hartz-Gesetze haben die soziale Landschaft in diesem Land nachhaltig verändert. Die sinkenden Erwerbslosenzahlen sind ausschließlich dem Abbau regulärer Arbeitsverhältnisse und dem massiven Ausbau des Niedriglohnssektors geschuldet. Um die beschleunigte Tendenz des Auseinanderdriftens unserer Gesellschaft zu stoppen, muss Hartz IV

sofort abgeschafft und statt dessen ein sanktionsfreies soziales Sicherungssystem eingeführt werden, das die Existenz und Teilhabe aller Menschen garantiert. Die sofortige Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro kann nur ein erster Schritt sein. Wir brauchen einen flächendeckenden Mindestlohn von zehn Euro, der schnellstmöglich auf über zwölf Euro erhöht werden muss, um die drohende massenhafte Altersarmut zu verhindern. Selbst bei einem Stundenlohn von zehn Euro erhält man nach Auskunft der Bundesregierung nach 45 Erwerbsarbeitsjahren nur eine monatliche Rente von 684 Euro. Ein menschenwürdiges Leben ist damit nicht möglich, selbst das nackte Überleben gelingt nur Lebenskünstlern, wie jüngst selbst BA-Vorstand Heinrich Alt einräumte. Zu Recht warnt Verbandschef Schneider davon, dass es auch in Deutschland zu sozialen Unruhen wie jüngst in Paris und London kommen könne. Dies wäre nur eine logische Folge der fortschreitenden Entsolidarisierung unserer Gesellschaft.“

### Kritik am Urteil gegen Nazi-Blockierer

Am 21. Dezember 2011 verurteilte das Dresdener Amtsgericht einen 22-jährigen Antifaschisten nach §21 Versammlungsgesetz zu einer Geldstrafe von 300 Euro, weil er sich am 19. Februar 2011 an einer Blockade gegen den jährlich stattfindenden Neonazi-Großaufmarsch beteiligt hatte.

Das Urteil hat eine politische Dimension. Nicht nur, dass der Amtsrichter in der Urteilsbegründung mit dem „Minderheitenschutz für Nazis“ argumentierte. Er ging in seinem Urteil auch über die Forderung des Oberstaatsanwaltes hinaus, der lediglich eine Verwarnung forderte. Mit



dem Richterspruch soll wenige Tage nach dem Mobilisierungsauftritt zu den Blockaden des Naziaufmarsches im Februar 2012 ein Exempel statuiert werden. Potenzielle Blockiererinnen und Blockierer sollen bewusst abgeschreckt und antifaschistisches Engagement kriminalisiert werden.

DIE LINKE ruft auch 2012 zur Blockade des Neonazi-Großaufmarsches in Dresden auf. Vor dem Hintergrund der jüngst aufgedeckten neonazistischen Mordserie und der skandalösen Verstrickungen des Verfassungsschutzes ist es auch weiterhin dringend notwendig, sich den Nazis in den Weg zu stellen. <



# „Wir verändern“

## Das neue Leitbild 2020 gemeinsam entwickeln

In der vergangenen Wahlperiode des Potsdamer Landtags hatte sich DIE LINKE. Brandenburg nach vielen Monaten Debatte mit fachpolitischen Veranstaltungen und Diskussionsrunden in allen Regionen auf einem Parteitag ein Leitbild gegeben. „Unsre Heimat - für ein Brandenburg der Regionen“ beschrieb eine klare Zukunftsstrategie mit demokratisch-sozialistischer Handschrift. Diese intensive inhaltliche Arbeit des Landesverbandes hat sich bei der Erarbeitung des Landtagswahlprogrammes für die Landtags- (und Bundestags-)Wahl 2009 und die Koalitionsverhandlungen mit der SPD danach als Glücksfall erweisen.

Unsere Positionen zu vielen Entwicklungsfragen des Landes waren breit diskutiert und die Schlüsselprojekte haben sich nahezu zwangsläufig ergeben, die wir in den Mittelpunkt unseres Wahlkampfes gestellt haben. Wer schon mal an der Erarbeitung von Wahlprogrammen mitgearbeitet hat weiß, wie viel schwieriger das ist, wenn es einen solchen inhaltlichen Klärungsprozess vorher nicht gibt. Auch für die Verhandlungsgruppe in den Koalitionsverhandlungen waren die verbindlich beschlossenen Leitbild-Positionen des Landesverbandes und die Kenntnis der Diskussionen sehr hilfreich, aus denen diese abgeleitet wurden. Auch die SPD wusste ziemlich genau, worauf sie sich mit uns als Koalitionspartnerin einlassen müsste.

Schaut man im Abstand von zwei Jahren auf das rot-rote Regierungshandeln, prägen gerade diese Schlüsselprojekte rot-rote Erfolge in Brandenburg. Fast alle sind bereits zur Halbzeit der Wahlperiode erfolgreich abgeschlossen, auf gutem

Wege dorthin oder sogar übererfüllt. Nicht in allen Bereichen sind wir so erfolgreich. Es gibt also sehr gute Gründe, einen so erfolgreichen Weg weiterzugehen und das Leitbild fortzuschreiben. Erst recht unter den besonderen Bedingungen der LINKEN



Regierungsbeteiligung während einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die immer deutlicher zu einer Gesellschaftskrise wird. Mit weniger Geld sozial gerechte Politik gestalten - kleiner ist die politische Aufgabe nicht, vor der unser Landesverband steht.

Die Fortschreibung des Leitbildes muss deshalb nicht nur LINKE fachpolitische Antworten auf sehr drängende Entwicklungsfragen geben. Sie muss gerade jetzt den Anspruch erfüllen, diese Antworten mit unseren Genossinnen und Genossen sowie allen Interessierten um uns herum gemeinsam zu entwickeln. Nur so ist eine breite Akzeptanz zu erreichen. Dieser partizipative Prozess ist für die Zukunft des Landesverbands existenziell, denn er bietet gleichzeitig die Möglichkeit, neue Unterstützerinnen und Unterstützer zu gewinnen. Oder sogar die neuen Mitglieder, die wir dringend brauchen. Diesem Konzept

eines ebenso intensiven wie breiten politischen Dialogs folgte schon die Auftaktkonferenz Anfang Dezember 2011. Nach einer politischen Bilanz des bisherigen Leitbilds durch den Landesvorsitzenden und einer Diskussionsrunde mit ihm, allen LINKEN Minister/innen und der Fraktionsvorsitzenden haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Nachmittag an sechs Tischen sehr engagiert Themen diskutiert, die eine inhaltliche Weiterentwicklung erfordern und deshalb im Zentrum der neuen Leitbilddebatte stehen werden:

1. Lebensqualität in zukunftsfähigen Städten und Dörfern, 2. Nachhaltige Bildungslandschaft fördern, 3. Wirtschaft und Arbeit, 4. Brandenburg als Vorreiter in der Energie- und Klimapolitik, 5. Zukunftsfähige Finanzpolitik und 6. Methoden für eine intensive politische Debatte. Bis Juni 2012 sollen thematische Workshops zu den Schwerpunktthemen stattfinden. Bis Oktober sollen auf Aktivenkonferenzen deren Zwischenergebnisse breit diskutiert werden. Im September folgt ein europapolitischer Landesparteitag.

Im Dezember wird auf einer Konferenz der Textentwurf der Fortschreibung des Leitbildes 2020 vorgestellt. Das ist gleichzeitig der Auftakt für den intensivierten Dialog mit unseren gesellschaftlichen Bündnispartnerinnen und -partnern. Ende 2013 soll die Leitbilddebatte beendet und gleichzeitig die Wahlkampfprogrammdebatte für die Landtagswahlen 2014 eröffnet werden. Ich freue mich auf die interessanten Diskussionen zur Zukunft unseres Landes und hoffe auf eine rege Beteiligung!

*Dr. Kirsten Tackmann, MdB  
und Stellv. Landesvorsitzende  
DIE LINKE. Brandenburg*

## Eröffnung des „Fläming Haus“

Im September 2011 wurde in der Gemeinde Niedergörsdorf das „Fläming Haus“ in feierlicher Form eingeweiht. Die Resonanz war überwältigend. Jung und Alt aus allen gesellschaftlichen Bereichen brachten der Initiatorin dieses auf die Zukunft ausgerichteten Projekts Achtung und Bewunderung entgegen.

Viola Heimke, examinierte Krankenschwester mit jahrelanger Berufserfahrung, hat die Probleme unserer Zeit erkannt. Demographischer Wandel, d. h. immer mehr ältere Bürger/innen und Behinderte können nicht allein gelassen werden. Diese Herausforderung kann nicht mit Worten gelöst werden – es müssen Taten folgen. Nach dem Zitat von Dante Alighieri „Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere packt sie kräftig an und handelt.“, entwickelte sie eine Projektidee, die eine angemessene medizinische Versorgung in der Gemeinde gewährleistet. Die ehemalige Schule wurde durch Fördermittel und Eigenanteile der Gemeinde aufwendig saniert und umgebaut, so dass eine Ganztagspflege und Betreuung vor Ort möglich ist. Ältere und pflegebedürftige Menschen sollen so lange wie möglich in ihrem vertrauten Umfeld bleiben. Bei der Bewältigung häuslicher Pflege brauchen die Familien Hilfe in Form von Beratung, Begleitung und Entlastung. Zwischen dem bisherigen Zuhause und der stationären Einrichtung wurden vielfältige Betreuungs- und Pflegealternativen entwickelt, d. h. Voraussetzungen geschaffen, die in der eigenen Häuslichkeit nicht immer bestehen. Viola Heimke stellte im Vorfeld ihr Projekt im Sozialaus-

schuss, im Seniorenbeirat und in den örtlichen Seniorengruppen vor und fand vom Bürgermeister und Sozialausschuss, dessen Vorsitzender ich bin, volle Unterstützung. Das war in der Gemeindevertretung anfänglich nicht bei allen Gemeindevertretern selbstverständlich. Einige hatten Bedenken, so viel Geld für eine private Initiative auszugeben.

Die bisherige Praxis hat gezeigt – wir haben die Probleme der heutigen Zeit und Zukunft erkannt und richtig gehandelt.

Hier gilt auch ein Dankeschön an



unseren Bürgermeister, Herrn Rauhut, der gemeinsam mit den Mitgliedern des Sozialausschusses und schließlich auch allen Gemeindevertretern Viola Heimke Mut gemacht hat, das Projekt von der Idee in die Praxis umzusetzen.

Was spricht für das Projekt „Fläming Haus“?

1. Das soziale Netz, wie wir es vor 20 Jahren kannten, ist nicht mehr vorhanden, viele Menschen sind sozial isoliert.

2. Die Anzahl der Senioren/innen und damit auch der behinderten Menschen, insbesondere Menschen mit Demenz, steigt in den nächsten Jahren steil an.

3. Das Projekt schafft Arbeitsplätze

vor Ort.

Das Ziel des Konzeptes war die Schaffung einer ganzheitlichen und gesundheitlichen Versorgung in der Gemeinde Niedergörsdorf und die Zusammenführung der Senioren. Die Selbstkompetenz unserer Senioren muss länger erhalten werden. Wir können heute rund zehn Wochen nach der Eröffnung mit Stolz sagen: Es wurde mit großem persönlichem Kraftaufwand ein qualitativ hochwertiges Integrationsnetz für unsere Senioren zur Erhaltung und Wiederherstellung ihrer Lebensqualität und

zum weiteren Ausbau sozialer Strukturen geschaffen. Die Senioren haben eine höhere Eigenkompetenz gewonnen und das kulturelle und soziale Leben in der Gemeinde hat zusätzlich an Qualität gewonnen.

Was bietet das „Fläming Haus“ z. B. an?

- Hausnotdienst über 24 Stunden,
- Tagespflege und Betreuung,
- Seniorennachmittage,
- Informationsabende und Angehörigen-Stammtisch,
- Betreuung von Menschen mit Demenz,
- Essenversorgung,
- Sozialleistungen (z.B. Fahrdienste, Hilfe im Haushalt).

DIE LINKE in der Gemeindevertretung Niedergörsdorf wünscht Viola Heimke und ihrem Team (inzwischen schon zwölf Mitarbeiter) viel Kraft und Durchhaltevermögen für diese schwere, aber auch schöne Arbeit.

*Helmut Scheibe  
Niedergörsdorf*



## „Bildungsrepublik Deutschland“?

Gegen Ende des vergangenen Jahres lobte sich die Bundesregierung selbst, indem sie feststellte: „Unser Land ist auf dem Weg zur Bildungsrepublik erheblich vorangekommen.“ Schwammiger kann man den Sachverhalt kaum formulieren.

Der freie Publizist Alexander U. Martens ist den Tatsachen auf den Grund gegangen und konnte die folgenden Zahlen ans Licht holen:

Im Februar 2011 waren lt. einer Studie der Universität Hamburg 7,5 Millionen Deutsche zwischen 18 und 64 Jahren „funktionale Analphabeten“. Das entspricht 14% der erwerbsfähigen Deutschen. Im Land Brandenburg sind es 230.000. Das heißt, dass sie nur mit großer Mühe kurze Sätze lesen und schreiben können, zwei Millionen können nicht mal das. Für 300.000 ist die Schreibung des eigenen Namens ein unlösbares Problem. 21 Millionen sind nicht in

der Lage, gebräuchliche Wörter richtig zu schreiben. Aber 50% von ihnen haben einen Hauptschulabschluss, fast 20% die Mittlere Reife. Wie ist das möglich?

Der o. g. Autor hat in Deutschland, bezogen auf 16 Bundesländer, 96 unterschiedliche Schularten bzw. -typen entdeckt – Föderalismus pur.

Unterstützt wird die Tatsache, dass nicht alle Grundschüler nach der 4. Klasse lesen und schreiben können, durch „Experimente“ wie die „phonetische Schreibung“ (Schreibe, wie du sprichst!) oder die Ersetzung der Schreibschrift durch die Druckschrift. Die Schule unterstützt also noch die „Un-Bildung“. Wie soll da ein im Juni 2011 geschlossener „Nationaler Pakt für Alphabetisierung und Grundbildung in Europa“ helfen?

Eine der Folgen solcher Bildungspolitik zeigt sich dann darin, dass nur zwei Prozent der Studenten in

Deutschland aus Elternhäusern mit „niedrigem Bildungshintergrund“ kommen. Bei über zwei Dritteln sind Vater oder Mutter akademisch gebildet. Das Hochschul-Informationssystem Hannover findet die BRD beim Vergleich von 25 Ländern bei der „sozialen Bildungsförderung“ an letzter Stelle. Welche Folgen hat die föderalistische Bildungspolitik noch?

Schon 2003 hatte eine Bundesregierung sich verpflichtet, die Zahl der Analphabeten bis 2012 zu halbieren. Der „Stiftung Lesen“ mit ihrem Projekt „Lesestart“ ist viel Erfolg zu wünschen bei ihrem Ziel, flächendeckend alle Altersgruppen erreichen zu wollen.

Wieso nehmen Eltern, Lehrer, Schüler den gegenwärtigen Bildungszustand so hin? Es gibt viel Arbeit, auch an der Schulbasis.

*Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal*

## Neues Brandenburgisches Wassergesetz verabschiedet

Mit den Stimmen der Koalition hat der Landtag am 15. Dezember das neue Wassergesetz beschlossen. Die Novellierung war notwendig, weil nach der Föderalismusreform zahlreiche der im bisherigen Landesgesetz enthaltenen Regelungen jetzt im Wasserhaushaltsgesetz des Bundes enthalten sind.

Mit der Novellierung wurde der Auftrag im Koalitionsvertrag umgesetzt, die Vergünstigungen für den Braunkohlebergbau beim Wassernutzungsentgelt zu prüfen. Eine 2004 von Rot-Schwarz beschlossene Sonderregelung zugunsten von Vattenfall wurde wieder gestrichen. Für Grundwasser, das zur Freihaltung von Braunkohletagebauen abgepumpt und dann genutzt wird, muss das Unternehmen zukünftig das volle, auch für andere Nutzer übliche Wassernut-

zungsentgelt bezahlen. Nach einer Übergangsphase erzielt das Land dadurch ab 2014 Mehreinnahmen in Höhe von 2 bis 2,5 Mio € jährlich, die zweckgebunden für den Gewässer- und Hochwasserschutz eingesetzt werden.

Im parlamentarischen Verfahren wurden zahlreiche Änderungsvorschläge, die sich aus der Landtagsanhörung oder aus Briefen an die Fraktion ergeben haben, sorgfältig geprüft. Es gab dabei noch einige Neuregelungen etwa bei den Themen Landschaftswasserhaushalt und Gewässerunterhaltung. Im Bereich Abwasser sollen die kommunalen Abwasserbeseitigungskonzepte zukünftig Aspekte der Nachhaltigkeit und des demografischen Wandels berücksichtigen – damit wurde eine

Forderung des Nachhaltigkeitsbeirates aufgegriffen. Die Nutzung gereinigten Abwassers auf Privatgrundstücken soll im Einvernehmen mit der Gemeinde und der Wasserbehörde erleichtert werden.

Zu einer grundsätzlichen Reform der Finanzierung der Wasser- und Bodenverbände gab es in der Koalition keine Einigung. DIE LINKE befürwortet für die Gewässer 2. Ordnung die Einführung eines Vorteilsmaßstabs, der berücksichtigt, ob Grundstückseigentümer von der Gewässerunterhaltung profitieren. Im Zuge der anstehenden Diskussionen zur Verwaltungsmodernisierung soll dieses Thema noch einmal aufgegriffen werden.

*Carolin Steinmetzer-Mann, MdL  
Umweltpolitische Sprecherin der  
Landtagsfraktion*

## Nicht leicht zu erkennen

Waren Rechtsextremisten in der Vergangenheit oft schon von Weitem zu erkennen – an ihrem Haarschnitt, ihrer Kleidung ... –, so verstecken sich heute nicht wenige von ihnen hinter biederem „gut bürgerlichem“ Verhalten. Der Bildungsabend am 6. Januar 2012 in Luckenwalde zum Thema „Zur Auseinandersetzung mit neonazistischen Tendenzen in Deutschland“ brachte für uns Teilnehmer einen Überblick über das gegenwärtige Spektrum rechtsextremistischen Handelns.

Der Referent, Politikwissenschaftler Dr. Christoph Kopke aus Berlin, zeigte in seinen Ausführungen verschiedene Betätigungsfelder der Neonaziszene. Den Kern bildet die 1964 in der alten BRD gegründete NPD, in der sich Faschisten der NS-Zeit sammelten. Besonders in den 90er Jahren rekrutierten sie Jugendliche für ihre Ideen. In den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern stecken sie in Fraktionsstärke. Bundesweit verfügen sie über 500 kommunale Mandate. Im Internet geben sie sich harmlos, bürgerlich. Im Kampf um die Köpfe, die Straße und die Wähler präsentieren sie sich über die Musik, Aufmärsche, Klebeaktionen, Plakate.

Dass auch Gewalt eine nicht geringe Rolle spielt, zeigt das „Zwickauer Trio“ des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU). Solche Gruppen existieren in den einzelnen Bundesländern als Vereinigung Junger Nationaldemokraten (In unserem Kreis waren es bis zu ihrem Verbot die Freien Kräfte Teltow-Fläming.).

Sie „argumentieren“ zum Teil mit antikapitalistischen Parolen, geben sich als „Vertreter der kleinen Leute“ aus. Erst bei tiefer gehenden Debatten lassen sie die Katze aus dem

**KEINE  
STIMME  
□ □ □ □  
DEN  
NAZIS**



Sack, die Verherrlichung der NS-Zeit, der faschistischen Wehrmacht.

In Brandenburg agieren ca. 400 Personen als „Freie Kräfte“, die sich auch gern als „Nationale Sozialisten“ bezeichnen. Die Jungen Nationaldemokraten haben im Land Brandenburg 40 Mitglieder, sie sind Kern der Aktionen. Pro Jahr inszenieren

die rechten Kräfte ca. 17 Demonstrationen (Kampf um die Straße), um auf sich aufmerksam zu machen. Luckenwalde, Jüterbog waren 2009 Schauplätze, Ludwigsfelde bereits 2008. Im Zuge der Ermittlungen gegen die Zwickauer Gruppe durchsuchte die Polizei auch Wohnungen im Kreis Teltow-Fläming. D. h., dass die einzelnen Gruppen nicht isoliert agieren, sondern vernetzt sind.

Die Diskussion wies besonders auf die Blindheit bundesdeutscher Behörden hin, die z. B. erst jetzt einen Untersuchungsausschuss zu zehn rechtsextrem motivierten Morden gebildet haben. Nährboden für rechtes Gedankengut bildet die soziale Schieflage der Gesellschaft. So versuchen Rechtsextreme über Feuerwehren, Sportvereine, Kulturgruppen an Kinder und Jugendliche heranzukommen, um ihr rechtsextremistisches Gedankengut zu verbreiten. Das äußert sich oft auch in alltäglichem Rassismus Asylbewerbern gegenüber. Diese neonazistische Ideologie zieht sich durch alle Schichten der BRD-Gesellschaft.

Deshalb bleibt die Mahnung von Julius Fucik aktuell: „Menschen, seid wachsam!“

*Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal*

## Auflösung BilderRätsel



Zu sehen ist hier das Schloss Genshagen. Das heutige Schloss wurde zwischen 1878 und 1880 auf dem Fundament eines ehemaligen Herrenhauses aus der Zeit um 1700 erbaut. Dazu gehört ein 7,5 ha großer Park. Das Schloss vereint verschiedene Baustile in sich. Es bildet das Ortszentrum. Genutzt wurde das Gebäude auf vielfältige Weise. Nach oft wechselnden Besitzern, die letzten waren die Familienmitglieder von Leberecht von Eberstein, die noch im April 1945 von der SS des Hauses verwiesen wurden, rich-

tete die DDR dort eine Verwaltungsschule des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft ein.

Von 1973 bis 1991 wurde es als Wissenschaftlich-Technisches Zentrum für Landwirtschaft des Bezirkes Potsdam genutzt.

Seit 1993 ist das Berlin-Brandenburgische Institut für Deutsch-Französische Zusammenarbeit in Europa e.V. (BBi) hier ansässig, 2005 wurde das Institut in eine Stiftung umgewandelt. Das zum Jugendhaus umgebaute Gärtnerhaus dient als Begegnungszentrum. <

## Neues aus dem Bundestag



### Viel Arbeit für den Untersuchungsausschuss

Endlich hat der Bundestag den Untersuchungsausschuss zum rechtsextremen Terror beschlossen. Dazu führten die Fraktionen seit Dezember intensive Gespräche. DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen setzten sich von Anfang an für einen solchen Ausschuss ein, die SPD zierte sich eine Zeit lang. Die Unionsfraktion, die den Ausschuss zunächst verhindern wollte, schlug sich dann auch auf die Seite der Befürworter. Unsere Auffassung, dass nur ein Untersuchungsausschuss mit seinem juristischen „Druck“ die Ursachen für rechtsextreme Gewalt aufklären kann, hat sich durchgesetzt.

Im Detail gibt es dennoch einige Probleme, so zur Frage des Untersuchungsgegenstandes. DIE LINKE ist dafür, diesen möglichst weit zu fassen. Es gilt, auch die gesellschaftlichen Hintergründe zu erfassen, die rechtsextreme Einstellungen begünstigen. Zu klären sind aus unserer

Sicht darüber hinaus die Verbindungen der rechtsextremen Szene ins Ausland. Andere Fraktionen wie die der SPD wollen dagegen den Gegenstand auf die Arbeit der Sicherheitsbehörden beschränken.

Schwierigkeiten bereitet auch die bis zum Ende der Legislatur knapp bemessene Zeit. Selbst wenn der Ausschuss Tag und Nacht durcharbeitete, würde es schwerfallen, alle Unterlagen selbst zu sichten. Einen Teil dieser Arbeit wird ein Ermittlungsbeauftragter übernehmen. Damit hat bereits der BND-Untersuchungsausschuss gute Erfahrungen gemacht. Auch die Nutzung der Untersuchungsergebnisse aus den Ländern bereitet Probleme.

Unterschiedliche Auffassungen gibt es zudem bei der Ausschussgröße, die sich auf das Beweisantragsrecht durch einzelne Fraktionen auswirkt. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass der Ausschuss acht

oder 15 Mitglieder erhält und nicht, wie jetzt noch vorgesehen, elf. Bei acht oder 15 Mitgliedern hätten DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen die Möglichkeit, mit den Stimmen ihrer Mitglieder Beweisanträge im Ausschuss beschließen zu lassen. Andernfalls sind sie auf das Wohlwollen insbesondere der SPD angewiesen.

Diese Formalien sind keineswegs unbedeutend. Vor dem Ausschuss steht nicht nur ein enormer Berg an Aufklärungsarbeit. Für DIE LINKE ist klar: Nie wieder darf der Staat bei rechtsextremen Gewalttaten wegsehen und nie wieder dürfen diese über Jahre von Medien als „Döner-Morde“ verharmlost werden. Die wichtigste Aufgabe des Ausschusses wird sein, dazu beizutragen, das gesellschaftliche Klima zu verändern. Gerade hierzu werden die Mitglieder der LINKEN im Ausschuss einiges zu leisten haben.

*Dr. Dagmar Enkelmann, MdB*

### Keine Kinderbetreuungsfernhalteprämie

Wenn die Nachfrage nach Krippenplätzen vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist, so wie man es aus dem Ergebnis aus dem Familienreport 2011 der Bundesregierung erfährt, dann läuft etwas grundlegend schief in diesem Land. Dass die Bundesregierung dem nicht nur tatenlos zusieht, sondern den Trend, dass arme Eltern ihre Kinder nicht in die Kita geben, mit einer beschönigend „Betreuungsgeld“ genannten Kinderbetreuungsfernhalteprämie noch verstärkt, halte ich für einen Skandal. Eltern, die ein geringeres Einkommen haben, schicken ihre Kinder nur halb so oft in eine Einrichtung der Frühförderung wie Eltern, deren Einkommen

über dem Durchschnittsverdienst



liegt. Neben der Höhe der Kitagebühren sind die dort zusätzlich anfallenden Kosten für Verpflegung, Ausflüge und Gruppenkasse ein Grund für das Fernbleiben von der Betreuung und

Bildung in Kindertagesstätten. Das zeigt mir einmal mehr, dass die soziale Lage der Eltern entscheidend ist für das Wohlbefinden, die Förderung sowie die Zukunfts- und Bildungschancen der Kinder.

Ich fordere einen gebührenfreien Zugang zu Kinderbetreuung und Kinderförderung ohne versteckte zusätzliche Kosten. Das Betreuungsgeld setzt nicht nur Fehlanreize, es ist auch eine Fehlinvestition. Die dafür veranschlagten zwei Milliarden Euro jährlich sollten besser in die bestehende soziale Infrastruktur umgeleitet werden, damit alle Kinder davon profitieren können.

*Diana Golze, MdB*

## Elf närrische Verse

1. Halli-Hallo, es ist soweit,  
wir haben wieder Faschingszeit.  
Vom Elften Elften bis Fasenacht,  
da wird so mancher Ulk gemacht.

2. Am Aschermittwoch ist's vorbei,  
Schluss mit Klamauk und Narretei.  
Doch Politik, leider ist's wahr,  
ist närrisch übers ganze Jahr.

3. Erst heißt es Hott, dann plötzlich Hüh,  
verlässlich sind die Brüder nie.  
Atomausstieg, es war ein Graus.  
Glaubwürdigkeit sieht anders aus.

4. Gesundheits-, Pflege-, Zahnarztpreise,  
die sind schon lange aus dem Gleise.  
Statt Bürgerversicherung für alle zu beschließen,  
treiben sie Arbeitnehmer in die Miesen.

5. Das Volk soll sich privat versichern,  
da können \*Bankster kräftig kichern.  
Mehrklassen-Medizin ist die Folge dann,  
Pech gehabt, wer nicht zahlen kann.

6. Die Wehrpflicht, nun die gibt's nicht mehr,  
dafür ein Berufssoldaten-Heer.  
Statt Frieden für die Welt zu schaffen,  
erproben Rambos deutsche Waffen.

7. Beim NPD- Verbot eiert man rum.  
Bisher hieß es: Das sei dumm.  
Jetzt plötzlich „prüft“ man, ob es doch zu stemmen,  
weil V- Leute ja ständig pennen.

8. Ein einfaches Steuersystem war versprochen,  
dem Volk hat man das Wort gebrochen.  
Nur Hoteliers wurden beschieden,  
doch nicht mal diese sind zufrieden.

9. Das dreigliedrige Schulsystem, eine CDU- Bastion,  
ist nun gefallen, glaubt es schon.  
Auch bei der Bildung, so ein Hänger,  
tja, manche brauchen etwas länger.

10. Die zögerliche Eurostabilisierung, ein Hin und Her.  
Die Schulden steigen immer mehr.  
Statt Finanzmärkte endlich zu regulieren,  
dürfen die \*Bankster das Volk anschmieren.

11. Betreuungsgeld, Frauenquote, Mindestlohn  
viel schöne Worte – alles \*gewulfft und Hohn.  
Nehmen wir das weiter ruhig hin,  
verliert das Leben seinen Sinn.

*\*Bankster = Banker / Gangster*

*\*gewulfft = geschönt / vertuscht*

*Rainer Weigt, Klein Schulzendorf*

## Parteiarbeit mit Rind im Blumengarten

Am 11. Januar trafen sich die Genossinnen und Genossen der Basisorganisationen Zossen und Am Mellensee zu ihrem traditionellen gemeinsamen Jahresauftakt. Partyfanen auf einem Buffettisch ließen im Waldstädter Peking-Garten vermuten, dass an diesem Abend nicht nur über neue Herausforderungen und über die Verteilung der Aufgaben gesprochen werden würde. Dies wurde noch durch das rätselhafte grüne und nicht rote Getränk, welches zu Beginn der Veranstaltung gereicht wurde, untermauert.

Jedoch wie bei einer Veranstaltung der LINKEN nicht anders zu erwarten, wurde nicht nach der Devise verfahren: „Erst einmal essen, gearbeitet haben wir dann schnell!“, sondern erst wurde einmal würdig gearbeitet, bevor die Pfannen mit Shanghei-Ente, Rind im Blumengarten, Gemüse und Reis gefüllt werden durften. So informierte Jürgen Steinert, BO-Vorsitzender in Zossen über die 1. Tagung des 3. Kreisparteitages, über die Zusammensetzung des neuen Kreisvorstandes und die vorgesehene Arbeitsteilung, ließ noch einmal den Bürgermeisterwahlkampf 2011 in Zossen Revue passieren.

Christa Zernick, BO-Vorsitzende Am Mellensee, schilderte, wie in der BO die Programmdiskussion geführt wurde. Aus dem Interview mit Klaus Ernst im ND vom gleichen Tage hob sie besonders jene Passage hervor, in der Klaus Ernst dazu auffordert, Inhalte und nicht Personen in den Vordergrund zu stellen, wozu das Parteiprogramm ausreichend Möglichkeiten bieten würde. Beide BO-Vorsitzende zeigten sich enttäuscht über die bundesweit geringe Beteiligung beim Mitgliederentscheid über das Erfurter Parteiprogramm.

Carsten Preuss, parteiloser Bürgermeisterkandidat 2011 von SPD und DIE LINKE, unterstützt von VUB

und Grünen in Zossen, dankte den Mitgliedern beider BO für ihre Unterstützung. Besonders hob er hervor, dass gerade die kontinuierliche und beharrliche Arbeit durch DIE LINKE von der BO über den Kreis bis zur Landesebene eine breite Anerkennung vor allem bei den vielen parteilosen Helfern erfahren hat.

Niemand wird gern beim Genuss gestört, doch für den LinksBlick muss auch das möglich sein. Während des Genusses der chinesischen Leckereien nach ihren Eindrücken befragt, Jane Müller aus Saalow: „Das Erleben der Gemeinschaft und des Miteinander ist für uns alle sehr wichtig. Ich werde Möglichkeiten finden, mich noch stärker einzubringen.“ Dann wartet sie noch mit einem Vorschlag auf, über den beide BO ernsthaft nachdenken sollten: „Eigentlich brauchten wir eine gemeinsame Arbeitsgruppe, die Vorschläge erarbeitet, wie wir vor Ort noch mehr Menschen erreichen. Wenn ich mich heute Abend so umschaue, müssten wir vor allem junge Menschen für uns gewinnen.“

Joachim Büder aus Wünsdorf: „Der Abend ist eine tolle gelungene Sache. Rückblick und Ausblick, wie sie die beiden BO-Vorsitzenden gegeben haben, haben unsere Arbeit sehr gut charakterisiert, und sich in so einer Atmosphäre einmal von Angesicht zu Angesicht näherzukommen ist sehr angenehm.“ Zum Schluss des Gesprächs: „Es tut gut, wenn den Genossen auf diese Weise für die geleistete Arbeit Danke gesagt wird.“

Das Rätsel um das grüne Eingangstrränk war inzwischen auch gelöst: Kokos, Curacao, Sekt und Saft bildeten die Zutaten.

Vielleicht war der Dank für die geleistete Arbeit, den Christa Zernick, Jürgen Steinert und Carsten Preuss den Mitgliedern ausgesprochen hatten, das Wichtigste an diesem Abend.

*Rainer Reinecke, Zossen*

## Parteiprogramm und Demokratie



Bis 15. Dezember 2011 hatten alle Mitglieder der Partei DIE LINKE die Gelegenheit, dem Parteiprogramm zuzustimmen, sich der Stimme zu enthalten oder es abzulehnen. Ich war gespannt auf das Ergebnis, auch auf die Teilnahme.

Über 90% der Teilnehmer an der Abstimmung sprachen sich für das Programm aus. Das war zu erwarten.

Ins Grübeln kam ich, als ich die prozentuale Beteiligung lesen konnte. 64% der Linkspartei-Mitglieder aus dem Land Brandenburg beteiligten sich an der Abstimmung. Nun könnten wir uns im Kreis Teltow-Fläming zurücklehnen, liegt unser Land doch über dem Bundesdurchschnitt von 47%, der Kreis Teltow-Fläming sogar mit 67% über dem Landesdurchschnitt. Dennoch suche ich nach Ursachen dafür, dass die Stimmabgabe auch in unserem Kreis so schwer gewesen sein muss, dass sich ein Drittel unserer Mitglieder einem demokratischen Prozess verweigert. Gerade wenn jeder einzelne gefragt wird, ist jede Stimme wichtig. Demokratie verlangt eigene Aktivität. Diese sollte uns doch möglich sein. Ich denke weiterhin darüber nach.

*Ingrid Köbke*

## Rentenreform = unsozial

Am 13. Dezember 2011 war ich zu einer Tagung der Hans-Böckler-Stiftung, anlässlich von 60 Jahren der Zeitschrift „Soziale Sicherheit“ eingeladen. Hauptthema: „10 Jahre Riester-Reform“. Aus der Teilnehmerliste ging vielseitiges Renten-Wissen der etwa 150 Teilnehmer hervor.

Bei der Begrüßung sagte Annelie Buntenbach vom DGB, die Riester-Reform war die falsche Weichenstellung, denn Bezieher hoher Einkommen nutzen sie zu 50%, Bezieher niedriger Einkommen aber nur zu 25%, weil sie die Beiträge nicht aufbringen können. Bundesweit sind nur 40% der Bevölkerung überhaupt Riester-versichert. Staatliche Zulagen landen bei Banken und Versicherungen. Trotzdem wird die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) bis 2030 um 30% zusammengekürzt. Solange private Versicherung Pflicht ist, bleibt Altersarmut programmiert. Die Riester-Reform ist ein sozialer Flop.

Danach kamen die Referenten zu ihren Vorträgen.

Prof. Dr. Ulrich Wenner, Vorsitzender Richter am Bundes-Sozialgericht, würdigte das 60-jährige Jubiläum der Zeitschrift „Soziale Sicherheit“. Die Ausgabe zwölf von 2011 zeigt als Titelbild ein Riester-Renten-Sparschwein. Was oben eingezahlt wird, fällt darunter in einen großen Sack für Banken und Versicherungen.

Prof. Dr. Winfried Schmähl, Zentrum für Sozialpolitik der Uni Bremen, zeigte die Entwicklung des deutschen Rentensystems auf. Herausragende Daten waren 1957 die Einführung der dynamischen Rente als Lebensstandard-Sicherung. 2001 fand dagegen ein Wechsel zur nettobezogenen Rente statt. Mit der Riester-Reform und anderen Verordnungen wurde

die staatliche Rente beschnitten.

Prof. Dr. Gerhard Bäcker von der Uni Duisburg-Essen meinte, das Soll der Rente sei Armutsvermeidung im Alter, doch ohne Überprüfungen bisher gibt es nur Vermutungen. Die Gläubigkeit in kapitalgedeckte Renten ist durch tatsächliche Erfahrungen bisher stark gesunken.

Prof. Dr. Ingo Bode von der Uni Kassel belegte, dass die „bessere“ kapitalgedeckte Vorsorge ein Hirnge-



spinst ist. Verteilt wird immer in der Gegenwart. Zukunftsrenditen sind eine Wette auf Unbekanntes. Untere soziale Schichten sind die Leidtragenden. Märkte produzieren Macht und Interessen. Daran müssen sich Regierungen sinnvoll abarbeiten. Soll die Altersvorsorge dem Zufall überlassen bleiben? Die Bundes-Regierung geht von 4% privater Altersvorsorge aus. Wer kann und macht das?

Nach der Mittagspause fanden vier Treffen in Arbeitsgruppen statt. Die erste Gruppe diskutierte über „Die GRV- Leistungsziele und Reformoptionen“. Einführungen gaben drei Referenten.

Dr. Johannes Steffen, Arbeitnehmerkammer Bremen, nannte folgende Zahlen: Die bundesweite Standardrente lag 2011 bei 1.108 € Brutto. Um diese zu erhalten, muss-

ten 2011 monatlich 2.522 € verdient werden. Die Armutsgrenze 2011 lag bei 670 € netto. Bis zu dieser kann nach SGB XII zur Grundsicherung im Alter aufgestockt werden. Zur Jahrhundertwende lag das Rentenniveau bei 54%, bis 2030 wird es auf 43% gesenkt werden.

Fabian Lindner, Hans-Böckler-Stiftung, sprach ebenfalls Klartext. Die aktuelle Finanzierung, nicht die Demographie, schwächt das Renten-System. Das Geldsparen dabei ist volkswirtschaftlich ein Nullsummenspiel. Was auf einer Seite gespart wird, kostet auf einer anderen zusätzlich. Insolvenz des Umlageverfahrens in der GRV ist nur politisch gewollt möglich, denn es ist insolvenzfest. Aktuelle Probleme der Rente sind einerseits in der Finanzierung der deutschen Einheit über die Rentenkasse begründet. Andererseits sind die Einnahmen durch

weniger sozialversicherungspflichtige Bürger und die Stagnation der Löhne gesunken.

Nach einer Kaffeepause folgte die Abschlussrunde.

Dabei trat die Staatssekretärin, Dr. Annette Niederfranke vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, kompromisslos für die Riester-Rente ein. Wer mal statt der Grundsicherung eine bei 850 € liegende Zuschussrente bekommen möchte, müsse sich spätestens sofort Riester-versichern. Dieses Kriterium wird absolute Voraussetzung sein. Diese Kosten könne jeder aufbringen, da es ja die staatlichen Zuwendungen gibt.

Für mein Empfinden verlief die Tagung insgesamt in einem guten sozialen Klima, nur nach der Kaffeepause wurde es eiskalt.

*Rainer Weigt, Klein Schulzendorf*

## LeseRatte

Über Weihnachten wollte ich mir mal wieder einen Krimi gönnen. Der Titel „Der Fall Collini“ und das Wort „Mord“ auf dem Buchumschlag ließen dieses Genre vermuten. Aber nichts von den üblichen Ingredienzien eines Kriminalromans! Enttäuscht wurde ich nicht – im Gegenteil!

Von einem sogar ungewöhnlich brutalen Mord ist die Rede. Der Täter Collini wird sofort gefasst; er hatte auf seine Festnahme gewartet. Keine Spur eines Motivs, keine Verbindung zwischen Täter und Opfer zu finden. Collini hat sich nie etwas zuschulden kommen lassen.

Der Tote, der Industrielle Meyer, ist überall als warmherzig und gütig bekannt. Collini schweigt, auch gegenüber seinem Verteidiger.

Es ist der erste Fall des jungen Strafverteidigers, der auch noch den Toten gekannt hatte. Meyer hatte ihn wie ein Großvater liebe- und verständnisvoll durch die Kindheit begleitet. Wegen Befangenheit könnte er die Verteidigung ablehnen. Aber er will den Dingen auf den Grund gehen. Und das tut er mit allen Konsequenzen. Der Syndikus des Konzerns bietet ihm Geld, stellt ihm eine glänzende Karriere in Aussicht, wenn er zurücktritt. Nein, er glaubt an Gerechtigkeit. Jedoch ein einzelner kann gegen das korrupte System nichts ausrichten.

Der Autor des Romans, Ferdinand von Schirach, weiß, wovon er schreibt. Er arbeitet als Strafverteidiger in Berlin und zitiert Paragraphen und Gesetze,



die es dem „Recht und Gesetz“ nach unmöglich machen, einen vielfachen

M ö r d e r aus dem Reich zu verurteilen. Ein erschreckendes Kapitel deutscher Justizgeschichte wird aufgeblättert.

Sehr intensiv, geradezu bohrend stellt von Schirach die Frage nach

Gut und Böse, Schuld und Unschuld, nach der moralischen Verantwortung eines jeden von uns. Die Sprache des Autors ist lakonisch, prägnant, ganz ohne Schnörkel. So trifft den Leser das Geschehen mit ganzer Wucht.

Lest selbst, was Collinis Motiv war. Das Buch lohnt sich. Mich hat es bereichert.

*Dr. Renate Klettke*

„Der Fall Collini“  
Ferdinand von Schirach  
Piper Verlag  
ISBN-10: 3492054757  
ISBN-13: 978-3492054751

## Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und  
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern*

Emilia Pommerenke in Luckenwalde zum 81. Geburtstag am 14.01.  
Gerda Gebert in Güterfelde zum 92. Geburtstag am 17.01.  
Rosa Rülcke in Blönsdorf zum 87. Geburtstag am 18.01.  
Irene Eckleben in Rangsdorf zum 78. Geburtstag am 19.01.  
Wolfgang Kliemann in Großbeeren zum 72. Geburtstag am 19.01.  
Ewald Heuer in Mahlow zum 78. Geburtstag am 21.01.  
Werner Gohlke in Luckenwalde zum 86. Geburtstag am 24.01.  
Brigitte Simon in Nächst Neuendorf zum 82. Geburtstag am 26.01.  
Prof. Dr. Werner Kohl in Ludwigsfelde zum 83. Geburtstag am 26.01.  
Fritz Lehmann in Markendorf zum 82. Geburtstag am 01.02.  
Gerhard Schlag in Sperenberg zum 76. Geburtstag am 02.02.  
Paula Schreiber in Ludwigsfelde zum 92. Geburtstag am 07.02.  
Siegfried Günther in Blankenfelde zum 77. Geburtstag am 08.02.  
Ingrid Köbke in Woltersdorf zum 73. Geburtstag am 08.02.  
Klaus Wetzel in Schönefeld zum 74. Geburtstag am 19.02.  
Christine Wilske in Blankenfelde zum 71. Geburtstag am 19.02.  
Margarete Schwarz in Luckenwalde zum 88. Geburtstag am 20.02.  
Fritz Steinbach in Luckenwalde zum 82. Geburtstag am 22.02.  
Hans-Dietrich Werner in Luckenwalde zum 81. Geburtstag am 22.02.  
Erika Mehlfeld in Mahlow zum 72. Geburtstag am 22.02.  
Ruth Gatzka in Ludwigsfelde zum 89. Geburtstag am 27.02.  
Günter Gutsche in Luckenwalde zum 76. Geburtstag am 02.03.  
Christa Saß in Rangsdorf zum 77. Geburtstag am 03.03.

**Dr. Rudolf Haase in Luckenwalde zum 70. Geburtstag am 11.01.**  
**Bernd Groß in Rangsdorf zum 70. Geburtstag am 16.01.**  
**Siegfried Lelke in Blankenfelde zum 65. Geburtstag am 20.01.**  
**Christa Hevler in Niedergörsdorf zum 75. Geburtstag am 09.02.**  
**Ulrich Wunderlich in Trebbin zum 70. Geburtstag am 17.02.**

## Termine

**15.02.11 14.00 Uhr**  
Redaktion  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**01.03.12 18.00 Uhr**  
LinksTreff  
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

**05.03.12 19.00 Uhr**  
Kreisvorstand  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**08.03.12 15.00 Uhr**  
Frauentagsfeier  
„WÜST“ Luckenwalde

**08.03.12 15.00 Uhr**  
Frauentagsfeier  
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

**14.03.12 14.00 Uhr**  
Redaktion  
Geschäftsstelle Luckenwalde

### Landesparteitag

Der Landesverband DIE LINKE: Brandenburg führt am 18. und 19. Februar die erste Tagung des dritten Landesparteitages im Jugendbildungszentrum Blossin durch.

Die rund 150 Delegierten wählen einen neuen Landesvorstand, ziehen Bilanz der Regierungsarbeit und verständigen sich über die kommenden Aufgaben. Der Landesvorstand legt einen Leitantrag vor. <

### Zunehmendes Interesse

Der Deutsch-Chinesische Freundschaftsverein e. V. Ludwigsfelde hat sich auch für das Jahr 2012 wieder ein vielfältiges Arbeitsprogramm erstellt. Politische und kulturelle Veranstaltungen haben das Ziel, die Freundschaft zum chinesischen Volk zu vertiefen und ihre kulturellen Traditionen besser kennenzulernen.

Der wachsende Zuspruch bei den Mitgliedern und Sympathisanten zeigt, dass das Interesse an der Entwicklung der VR China durchaus vorhanden ist und aktuelle Fragen zunehmend in den Vordergrund rücken. Das ist auch in dem Vortrag des Monats Februar 2012 der Fall, in dem es um die neue Lage nach der Veränderung der US-Militärstrategie geht, wonach der asiatische Raum zum Schwerpunkt erklärt wurde und die VR China der potenzielle Gegner ist.

Am Freitag, dem 24. Februar 2012, um 17.00 Uhr hält der Vorsitzende des Vereins, Dr. Ulryk Gruschka, in der Gaststätte „Zur Kegelbahn“ in Ludwigsfelde, Potsdamer Straße einen Vortrag mit anschließender Diskussion zum Thema: „Das Verhältnis der USA zur VR China – politisch, ökonomisch, militärisch“. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich willkommen.

*Der Vorstand*

### Nachruf

Kurz vor seinem 73. Geburtstag hörte das Herz von Rolf Schröther auf zu schlagen. Maxe, wie wir ihn alle nannten, war ein sehr aktives Mitglied unserer Partei. Er hatte mit seiner kritischen Stimme und als Ausbilder Vorbildwirkung, nicht nur bei Jugendlichen.

Kürzlich konnten wir in den Räumen der Linkspartei eine Ausstellung des Hobby-Malers bewundern.

Wir werden Maxe in bester Erinnerung behalten.

Regionalverband TF Süd

### Nachruf

Ihren 80. Geburtstag haben wir noch fröhlich gefeiert, nun ist sie tot.

Wir trauern um Gisela Schmidt.

Ihr offenes Wesen und ihr herzliches Lachen werden wir vermissen.

Regionalverband TF Süd

Wir trauern um unsere Genossin

### Inge Tomalla

Ehre Ihrem Andenken

Kreisverband DIE LINKE.  
DIE LINKE. TF Luckenwalde

### IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36, 14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033, 14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653, Fax: 03378/510654  
Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam  
Redaktionsschluss: 18. Januar 2012, der nächsten Ausgabe: 15. Februar 2012

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,  
V.i.S.d.P.: T. Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

Unsere Genossin

### Erna Künstner

ist von uns gegangen.  
Wir werden ihr Andenken  
bewahren.

Kreisverband DIE LINKE.  
DIE LINKE TF Luckenwalde